



Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung • 11030 Berlin

Frau
Dr. Valerie Wilms MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Datum: Berlin, 16.08.2013
Seite 1 von 2

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre Frage Nr. 092/August:

Welche Auffassung vertritt die Bundesregierung gegenüber den aktuell anhaltenden Streiks der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, und wann sollen die Verhandlungen mit den Tarifparteien fortgesetzt werden?

beantworte ich wie folgt:

Die Tarifverhandlungen waren am 29.05.2013 an den Forderungen der Gewerkschaften, die weit über die Besitzstandswahrung und Mobilitätsanreize - also weit über die Regelungsnotwendigkeiten für die WSV-Reform - hinausgingen, gescheitert. Die Gewerkschaften haben den Verhandlungstisch verlassen und per Pressemitteilung am 30.05.2013 das endgültige Scheitern der Verhandlungen erklärt. Bundesminister Dr. Ramsauer MdB hat dafür gesorgt, dass die sozialen Belange der Beschäftigten im Rahmen der weiteren Reform rechtsverbindlich abgesichert sind. Durch ein Rechtsgutachten der Universität Bonn ist bestätigt, dass eine einseitige Änderung dieser Absicherungen durch den Arbeitgeber nicht möglich ist und ein Tarifvertrag zu keiner rechtlichen Besserstellung der Beschäftigten führen würde. Für weitere Tarifverhandlungen besteht kein Anlass.

Enak Ferlemann, MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung

HAUSANSCHRIFT
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

POSTANSCHRIFT
11030 Berlin

TEL +49 (0)30 18-300-2250
FAX +49 (0)30 18-300-2269

psts-f@bmvbs.bund.de
www.bmvbs.de



Seite 2 von 2

Ihre Frage Nr. 093/August:

Inwiefern kompensiert das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die personellen Ausfälle an den Bundeswasserstraßen durch nicht am Streik beteiligte Beschäftigte bzw. Beamte (bitte bisher summierte Streiktage sowie finanzielle Schäden bei den Binnenschifffahrtsbetrieben und Einnahmeausfälle beim Bund nennen)?

beantworte ich wie folgt:

Der Dienstbetrieb wurde durch nicht streikende Beschäftigte und Beamte so weit wie möglich aufrechterhalten. Soweit in der Kürze der Zeit feststellbar, wurde zum Stand 13.08.2013 an 21 Tagen gestreikt. Angaben zu finanziellen Schäden können nicht gemacht werden.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Angaben gedient zu haben, und verbleibe mit freundlichen Grüßen

Enak Ferlemann